

DAS ROTE

SEP|OKT|NOV 2022

# ginkgoblatt

das Magazin der LINKEN in Weimar und dem Weimarer Land



**RAUS  
AUS DER  
KRISE**

**ESSAYS VON BARBARA SCHÖNIG &  
SUSANNE HENNIG-WELLSOW**

über die multiplen Krisen unserer Zeit und wie  
wir politisch zusammenfinden können

**INTERVIEW MIT URSEL OECHSNER**

die 102-jährige über die Geschichte ihres  
Lebens

# EDITORIAL

»Mögest du in interessanten Zeiten leben.« Selten wurden Worte im jüngsten »Erleben« auf euphemistischere Weise wahrgenommen. Manche sprechen dabei sogar bereits von einem Fluch. Vor wenigen Jahren, wenigen Momenten der Geschichte – so scheint es – war die Welt »noch in Ordnung«, war sie so, wie man sie kannte. Probleme existierten auch da genügend, jedoch erschien vieles leichter und in der allgemeinen Wahrnehmung spricht man schon von einer Zeit vor und nach der Pandemie, vor und nach dem Krieg in der Ukraine, vor und in der Klimakrise, verklärende konservative Zeitgenoss:innen sogar von der Post-Merkel-Ära in Europa, in der die Union gespalten in starke Demokratien und autoritäre Staaten auftritt und doch geeint als Haus im Kampf gegen... ja wogegen eigentlich? Und warum?

Wenn uns eines klar vor Augen geführt wird, dann das wir in einer »interessanten Zeit«, einer Zeit der Krisen leben. Soziale Verwerfungen, die seit Jahrzehnten im gesellschaftlichen Untergrund schwelten, brechen hervor. Dabei wirken die scheinbar konzertiert auftretenden Ereignisse, die zur Wahrnehmung der Krise als kollektive Erfahrung führen wie ein psychologischer Brandbeschleuniger. Die (Sinn-)Krise scheint allumfassend und allgegenwärtig. Manch einer spricht vom größten Umbruch der neusten und neueren Geschichte, was immerhin einen Zeitraum von wenigstens 250 Jahren umschließt. Doch ist dem wirklich so? Der Optimismus des späten 20. Jahrhunderts mutet ein ganzes Leben entfernt. Dabei ist dieses Jahrhundert, ja das neue Jahrtausend erst zwei Dekaden jung.

Auf eine Zeit der Bewegung vom Wechsel der 80'er auf die 90'er Jahre, folgte eine lange Periode des Stillstandes, einer subjektiv wahrgenommenen Prosperität, ein Zeitraum in dem sich tiefgreifende Themen anhäuften, nicht besprochen, nicht angepackt wurden – ja sogar nur von einer sehr kleinen Gruppe von Menschen wahrgenommen wurden.

Vielen von uns ist klar, dass es gerade dieses Nichtanpacken ist, dass uns heute beschäftigt. Wir suchen neue Orientierung, wir suchen neue Wege, Wege aus einem Labyrinth der krisenhaften Ereignisse. Denn wir Menschen neigen dazu eine Ordnung zu suchen, wo Chaos auf natürliche Weise immer entsteht – in und durch unsere Umwelt. Wir haben vergessen, wie es sich anfühlt Teil eines ungewissen Ganzen, einer ungewissen Zukunft zu sein – gerade, da wir intellektuell und substantiell mehr als in der Lage scheinen, alle Herausforderungen mit Gleichmut und Optimismus anzunehmen. Dabei stehen wir uns bei der Bewältigung von Herausforderungen oft genug selbst im Weg.

Jede Generation erschafft sich ihre eigene Apokalypse. Optimismus, gesunde Demut, ein Verständnis für Zusammenhänge und den Willen zur Empathie könnten ein möglicher Weg sein, das sogenannte Mindset, welches unseren Blick nach vorn lenkt maßgeblich neu zu gestalten. Dazu braucht es einen progressiven Impuls, den nur wir uns selbst geben können. Einen Impuls, der Verzicht und Übermaß einhegt, den Liberalismus und Autoritarismus ausgleicht und Altruismus gegen den allgegenwärtigen Egoismus in einen Kompromiss führt. Diese Impulse müssen verlässlich wiederholt werden, der Orientierung dienend. Dieses Heft soll dabei in seiner beschränkten Auflage als ein Bausteinchen seinen Beitrag leisten, diesen Impuls im geneigten Lesenden zu erzeugen. Denn nichts ist so alltäglich wie die Krisen im Alltag, die wir beständig bewältigen.

IMPRESSUM:  
DIE LINKE  
Kreisverband Apolda-Weimar  
Vorsitzender: Kevin Reichenbach  
Markstraße 17, 99423 Weimar

Bildrechte: unsplash.com / AJ Colores



## INHALT

- 04 Multiple Krisen oder von der Chance, linke Politik sozial-ökologisch zu erneuern**  
von Barbara Schönig
- 06 Kommt zusammen, Leute!**  
von Susanne Hennig-Wellsow
- 08 Fachkräftemangel in Thüringen entgegensteuern**  
von Lena Saniye Güngör
- 10 Wasser ist Leben, Wasser muss allen gehören**  
von Ralph Lenkert
- 12 ... es kommt darauf an, sie zu verändern.**  
**Ein subjektiver Rückblick auf den Bundesparteitag**  
von Sabine Berninger
- 14 Interview mit Ursel Oechsner**  
von Martin Krempel
- 18 Psyche und Krise(n)**  
von Lilli Hallmann
- 19 Die Opfer mahnen – Gedenken an Hiroshima und Nagasaki in Weimar**  
von Heidrun und Stan Sedlacik
- 20 Bericht aus den Kommunen**  
von den Stadtratsfraktionen

# Multiple Krisen oder von der Chance, linke Politik sozial- ökologisch zu erneuern

von Barbara Schönig

Angesichts der multiplen Krisen unserer Zeit erweist sich einmal mehr die dringliche Notwendigkeit der grundsätzlich gesellschaftskritischen Perspektive einer linken Partei: Seit den 2010er-Jahren erleben wir einschneidende gesellschaftliche Krisen und Veränderungen: Finanz- und Wohnungskrise stellen uns weltweit vor Herausforderungen. Demokratien werden in Frage gestellt und autoritäre Regime gewinnen Akzeptanz. Wir durchleben eine globale Pandemie und einen brutalen Angriffskrieg in Europa. Flucht und Migration bestimmen das Leben einer stetig wachsenden Zahl an Menschen, die ihr Land verlassen müssen. All dies wird überschattet von der Klimakatastrophe, die unser aller Leben dauerhaft verändern wird.

Diese Krisen und Veränderungen greifen und greifen ineinander und verstärken sich gegenseitig in ihren gesellschaftlichen Auswirkungen. Nur beispielhaft sei dies an der Krise der Wohnungsversorgung in Deutschland skizziert: Aus der Finanzkrise, die den deutschen Immobilienmarkt noch glimpflich traf, folgte nach 2008 eine ungeahnte Investitionsdynamik in den zuvor recht stabilen deutschen Wohnungsmarkt. Hierauf konnte die schon seit den 1990er-Jahren neoliberal restrukturierte Wohnungspolitik allerdings weder mit einem ausreichenden Angebot an bezahlbarem Wohnraum noch den notwendigen wohnungspolitischen Instrumenten – einem gemeinnützig organisierten Segment am Wohnungsmarkt oder einer schnellen Ausweitung belegungsgebundenen Wohnraums – reagieren. Schon lange war das Problem in etlichen Großstädten für einkommensschwache Haushalte bekannt, ab 2015 begann man auch in der allgemeinen Öffentlichkeit, insbesondere in den größeren Städten, von einer Wohnungskrise zu sprechen. Besonders deutlich wurde das Phänomen angesichts der Notwendigkeit, geflüchtete Menschen unterzubringen. Deren Präsenz war – anders als so manche suggerieren wollten – keineswegs ursächlich für den Mangel an bezahlbarem Wohnraum, sondern machte schlicht zusätzlich sichtbar, dass vielen Kommunen für die dauerhafte Unterbringung armer Menschen Wohnraum fehlt. Die Notwendigkeit, in kurzer Zeit ukrainische Kriegsgeflüchtete unterzubringen, zeigt gegenwärtig diesen Mangel erneut – insbesondere dort, wo bezahlbarer Wohnraum knapp ist. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine führt uns abermals dringlich vor Augen, dass die Vorrangstellung des demokratischen Kapitalismus keineswegs gesichert ist. Nationalistische und demokratiefeindliche Bewegungen haben seit den 2010er-Jahren auch in der westlichen Welt Fuß gefasst, deren gesellschaftlich destabilisierende Interessen sich gerade auch im Zuge der Corona-Pandemie zeigten. Die Pandemie machte auch die Vulnerabilität der globalisierten Märkte deutlich und vertiefte zugleich die schon bestehenden sozialen Polarisierungen, global wie national. Umso mehr müssen wir uns mit alledem befassen – nicht zuletzt angesichts der Notwendigkeit, den Klimawandel aufzu-



Das Foto zeigt Barbara Schönig in der Schwimmhalle Ilmenau, die mit dem Sonderpreis Holzbau im Rahmen des Thüringer Staatspreises für Baukultur 2020/2021 ausgezeichnet wurde. Die Staatssekretärin hatte am 08. Juni 2021 die Plakette mit der Auszeichnung gemeinsam mit der Stadt Ilmenau enthielt und im Anschluss die Schwimmhalle besichtigt.

halten und seine Folgen durch eine sozial-ökologische Transformation unserer Lebens- und Wirtschaftsweisen wenigstens abzufedern.

Dies wird, gerade aufgrund dieser multiplen Krisensituation und der damit sich verschärfenden gesellschaftlichen Interessenskonflikte, mühsam und langwierig sein. In der Landespolitik müssen wir dabei in besonderer Weise auf die räumliche Dimension reagieren. Dies gilt gerade vor dem Hintergrund, dass Thüringen in Ostdeutschland liegt. Das ist auch 30 Jahre nach der Wende für linke Politik nicht trivial. Denn die radikalen ökonomischen und politischen Transformationsprozesse, die in Ostdeutschland geleistet wurden, die biographischen Brüche, die grundlegende räumliche und regionalökonomische Restrukturierung, die sich in nur 30 Jahren vollzogen hat, wirkt bis heute nach. Die enorme Transformationsleistung der Menschen in Ostdeutschland wird in ihrer persönlichen wie kollektiven Radikalität in Westdeutschland bis heute weder hinreichend verstanden noch honoriert. Hier besteht ein Problem in der gesellschaftlichen Kommunikation – auch und gerade angesichts all dessen, was aufgrund sich einander überlagernden gesellschaftlichen Krisen zu bewältigen ist.

Natürlich betrafen die Transformationsprozesse die Menschen in Ostdeutschland unterschiedlich. Nicht wenige aber haben diese Transformation als einen Bruch erfahren, der das Leben grundlegend verändert

hat, ohne dass diese Transformationsleistung mit Anerkennung einherging. In einer Situation, in der wir vor der größten Herausforderung der Menschheit – der sozial-ökologischen Wende – stehen, braucht es Mut zu Veränderung. Deshalb ist es notwendig, über die Sorgen vor der nächsten großen Transformation zu sprechen und die Folgen dieses Prozesses gesellschaftlich aufzufangen, um den gesellschaftlichen und globalen Frieden zu erhalten.

In Thüringen können wir gut beobachten, dass es gesellschaftliche Mehrheiten für ökologischen und sozialen Wandel gibt. Es gibt sie aber in unterschiedlichem Maß an unterschiedlichen Orten – das zeigt sich z.B. bereits zwischen Weimar und Weimarer Land. Weimar bietet alles für die linke, urban und akademisch geprägte Seele: kurze (Rad-)Wege, Kultur und eine lebendige Zivilgesellschaft, Familienfreundlichkeit, weitgehend besetzte Lehrer:innenstellen, Universitäten und eine intakte Innenstadt mit attraktiven Wohnraum (wenn er auch zu teuer ist). Bei der vorigen Bundestagswahl 2021 hätten die Weimarer:innen mit satter Mehrheit (54,3%) für rot-rot-grün votiert: mit 23,1% SPD, 14,7% Die Linke und 16,5% für die Grünen.

Im Weimarer Land sieht das anders aus: hier schnitt die SPD mit 21,6% immer noch gut, die Linke mit 10,3% respektabel ab. Die Grünen hätten mit 5,4% die 5%-Marke knapp erreicht. Dafür ist die AfD mit 24,8% stärkste Kraft. Innenstädte in Apolda oder Blankenhain sind von Leerstand, die Orte durch den demographischen Wandel geprägt. Für viele Angebote liegt es nahe, nach Weimar, Erfurt oder Jena zu fahren. Mit dem öffentlichen Nahverkehr ist das aber mühsam bis unmöglich.

So vereinen Weimar und das Weimarer Land die sehr unterschiedlichen Realitäten und Perspektiven auf die Herausforderungen unserer Zeit: Wo die einen vielleicht regenerative Energien wollen, wollen die anderen keine Windräder mehr. Wo die einen Öko-Produkte wollen, müssen die anderen ihre Landwirtschaftsbetriebe und Lebensgrundlagen umstrukturieren. Wo die einen kostenfreien und dekarbonisierten Nahverkehr haben wollen, würden sich andere schon freuen, wenn ein Dieselbus auch am Sonntag fährt.

Diese auch in der räumlichen Struktur des Landes angelegten unterschiedlichen Perspektiven und Bedürfnisse müssen uns beschäftigen, damit wir alle auf den Weg der sozial-ökologischen Transformation mitnehmen können – egal ob in der Stadt oder auf dem Land, Ost- oder Westdeutsche, transformationsmutig oder -ängstlich. Hierfür muss die Linke ein Programm formulieren. Und keine andere Partei kann und muss die soziale Frage so nachhaltig ins Zentrum stellen wie die Linke. Wichtig ist: Das widerspricht nicht der Aufgabe, die ökologische Wende zu bewältigen. Im Gegenteil: die ökologische Wende ist eine im Kern soziale Frage.

Das gilt aus mehreren Gründen: So sind es gerade nicht die Einkommensschwachen, die den größten ökologischen Fußabdruck haben und Gewinn aus der Ausbeutung des Planeten ziehen. Aber egal ob in New Orleans beim Hurrikan Katrina, im strukturschwachen Thüringer Wald, wo der Wald austrocknet und verbrennt, oder verdichteten städtischen Quartieren mit kleinen Wohnungen und wenig Grünfläche – oft sind ärmere Einkommensgruppen den Auswirkungen des Klimawandels besonders ausgesetzt. Zudem werden die Kosten für Klimaschutz und -adaption diese Menschen besonders hart treffen: Wer heute schon 40 Prozent des Einkommens für Wohnen und Energie ausgibt und 1.500 Euro verdient, kann nicht einfach höhere Heizkosten bezahlen oder energetisch sanieren. Die Bedürfnisse der unteren und mittleren Einkommensgruppen und der Regionen jenseits der räumlichen und gesellschaftlichen Zentren müssen wir deshalb als Linke besonders im Blick haben.

Das ist natürlich gerade für eine Partei in der Landesregierung bedeutsam: Wir sind in Thüringen nicht zuletzt für drei Ressorts zuständig, in denen sich die Verwerfungen gesellschaftlicher Krisen besonders deutlich zeigen: Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familien, Bildung sowie Infrastruktur und Landwirtschaft. Mit diesen Ressorts können wir aber sozialen Verwerfungen auch entgegensteuern und die sozial-ökologische Wende gestalten.

Um es an meinem Ressort zu verdeutlichen: Bauen und Verkehr gestalten die Umwelt, strukturieren Lebens- und Wirtschaftsräume und ist zentral für die Daseinsvorsorge und die Lebensqualität. Wohnen, Mobilität und Güterverkehr sind nur drei Beispiele. Wir müssen diese Bereiche für alle Thüringer:innen gestalten und gleichwertige Lebensräume schaffen. Schon jetzt ist es aber eine Herausforderung, Infrastruktur bereitzustellen und zu erhalten, da es sich aufgrund des ökonomischen und demographischen Wandels in Teilen des Landes marktwirtschaftlich nicht lohnt, Wohnungen barrierefrei und energetisch umzugestalten oder den Bus fahren zu lassen. Das bedeutet jedoch, dass Mobilitätsangebote nicht überall gleichwertig verfügbar sind. Trotzdem müssen wir in den nächsten Jahren viel Geld investieren, um etwas für den Klimaschutz zu tun, denn Verkehr und Bauen sind für knapp ein Drittel aller Treibhausgasemissionen verantwortlich. Ein 9-Euro-Ticket alleine löst das Problem nicht. Das Geld, das es kostet, wird nicht genutzt, um neue CO<sub>2</sub>-arme Verkehrsmittel anzuschaffen. Und in einem überwiegend ländlich geprägten Bundesland wie Thüringen zeigt sich auch, dass es nicht dazu beiträgt, räumlich gerecht in ganz Thüringen Nahverkehr anzubieten. Für all das sind Bundes-, Landes- und kommunale Mittel schon jetzt zu knapp. Zudem steigen die Kosten für Energie, Löhne, dekarbonisierte Fahrzeuge und Infrastrukturerhalt. Gerade wegen der starken räumlichen Disparitäten und gesellschaftlichen Polarisierungen in Thüringen muss sich die Linke zu den sozialen und räumlichen Herausforderungen dieser Aufgabe bekennen.

Als Linke mit den jetzigen Bedingungen Regierungsverantwortung zu tragen, ist nicht leicht. Deshalb ist ein klarer Kompass nötiger denn je. Vor allem muss es hierbei um Umverteilung gehen und demzufolge um Schwerpunktsetzung gehen, wo und für wen Chancengleichheit und Teilhabe gesichert werden muss. Es braucht flexible, lokal passfähige und realistische Lösungen, um Daseinsvorsorge auch in abgelegenen und weniger privilegierten Orten zu sichern. Dafür ist es vielleicht weniger wichtig, welches Verkehrsmittel fährt, sondern dass das Angebot vorhanden, bezahlbar und umweltfreundlich ist und besonders jene erreicht, deren Mobilität aus finanziellen oder gesundheitlichen Gründen eingeschränkt ist. Um den ÖPNV zu verbessern, braucht es zudem auch neue, umverteilende Finanzierungsmodelle. Vielleicht beteiligen sich lokale Unternehmen an der Finanzierung des ÖPNV. Man kann Parkgebühren dafür nutzen oder eine Mobilitätssolidarabgabe diskutieren. Wir können über neue Betreiberysteme nachdenken, ähnlich wie in Frankreich, wo eine Genossenschaft aus Kommunen, Unternehmen und Bürger:innen die Privatisierung des SNCF nutzte, um stillgelegte Strecken eigenverantwortlich zu reaktivieren.

Die ökologische Wende sozial zu gestalten wird nicht ohne Interessenskonflikte zu meistern sein. Doch wir sollten diese Aufgabe auch nutzen, anhand konkreter Probleme der Menschen vor Ort systemische Fragen zu stellen, die uns in der multiplen Krise dieser Jahre räumlicher und sozialer Gerechtigkeit näherbringen. Dies ist auch eine Chance, linke Politik sozial-ökologisch zu erneuern.

Noch in diesem Sommer wird in Berlin der Heinrich-Platz nach Rio Reiser benannt werden, dem legendären Texter und Sänger der »Ton Steine Scherben«. Der Platz im Stadtteil Kreuzberg wird in den Medien als »in der Szene populär« beschrieben, vielleicht, weil dort öfter einmal linke Demos starten. Aktionen gegen Zwangsräumungen zum Beispiel. Aber auch traditionelle Demonstrationen führen hier entlang, etwa wenn es am 1. Mai um die Kritik der kapitalistischen Verhältnisse geht. Der Platz hat den Namen Rio Reiser verdient. Und Rio diesen Platz.

Ich denke derzeit oft an eine Textzeile aus einem Song von Rio Reiser: »Kommt zusammen, Leute. Lernt euch kennen.« Ich denke daran, während darüber diskutiert wird, mit welchen Aktionen die Linken in diesem Land in den kommenden Monaten in die Auseinandersetzungen um die Verteilung der Krisenlasten eingreifen können. Von einem heißen Herbst ist da die Rede, davon, dass man keinesfalls den Rechtsradikalen die Straße überlassen dürfe, dass der Protest gegen Preissteigerungen und die Politik der Ampel-Regierung eine progressive Stoßrichtung braucht, eine, die auf soziale und ökologische Veränderungen und Solidarität setzt, nicht auf Hass und Ausgrenzung.

Ich denke an Rio Reisers Textzeile, wenn ich von einer Umfrage lese, in der 44 Prozent der Befragten sagen, sie würden wegen der hohen Energiepreise »sicher oder mit großer Wahrscheinlichkeit« auf die Straße gehen. Viele Genossinnen und Genossen, auch viele unserer Wählerinnen und Wähler haben sich so geäußert.

In Gewerkschaften, in Sozialverbänden, in der Zivilgesellschaft oder in unserer Partei – viele Menschen engagieren sich, damit alternative Ideen zur Lösung der Preis- und Energiekrise lautstark in die Öffentlichkeit

# Kommt zusammen, Leute!

von Susanne Hennig-Wellsow

getragen werden, etwa der Ruf nach einem weiteren Entlastungspaket, nach staatlichen Eingriffen in die Preisentwicklung, nach Heranziehung von Vermögen und Profiten zur Finanzierung von sozialen Maßnahmen, die wir dringend brauchen. In Städten wie Leipzig, in Frankfurt am Main oder in Bremen hat es bereits Demonstrationen gegeben. Demonstrationen, die Praxis werden lassen, was Rio Reiser singt: »Kommt zusammen, Leute. Lernt euch kennen.«

Weitere Aktionen werden folgen – hoffentlich große, bunte, solidarische Demonstrationen. Gegen Energiearmut und für bezahlbaren Alltag. Aber auch für gerechte Lösungen der Klimakrise. Beide Fragen hängen miteinander zusammen. Ein großer Teil der Inflation, die viele Menschen ans Limit bringt, wird von den Preisen für Energie aus fossilen Brennstoffen getrieben. Diese Inflation ist also auch eine Folge politischer Fehlentscheidungen, die den Ausbau erneuerbarer Energien ausgebremst haben. Eine weitere Konsequenz solcher Fehlentscheidungen spüren wir am eigenen Leib: Tage mit extremer Hitze nehmen zu, Wiesen vertrocknen, Wälder verbrennen, Wasser wird mancherorts schon zur Mangelware. Die Klimakrise ist kein Schreckenszenario mehr, sie ist längst da mit all ihren Folgen. Und auch die Klimakrise trifft – genauso wie die Preiskrise – vor allem Menschen, die nicht so hohe Einkommen haben. Ganz egal, ob es die normale Rente ist, der Lohn für tägliche Arbeit oder zu gering bemessene staatliche Leistungen. Es sind ihre Jobs, die meist zuerst von der so genannten Transformation betroffen sind, es ist ihr Leben, das von der Inflation aufgefressen wird, es sind ihre Wohnquartiere, in denen es zuallererst besonders heiß und stickig wird.

Die Doppelkrise aus Energieinflation und Klimawandel lässt uns wieder besser erkennen, wo die viel zitierte Grenze zwischen Oben und Unten verläuft. Sie lässt uns also auch besser erkennen, wie viel Gemeinsames es gibt zwischen Erwerbslosen und Beschäftigten, zwischen der Rentnerin und dem Geflüchteten, zwischen der Alleinerziehenden und dem alternativen Hausprojekt, zwischen Jüngeren und Alten, dem selbstständigen Handwerker und der Studentin: den Wunsch, sicher und selbstbestimmt leben zu können; das Anrecht auf sorgenfreien Alltag und soziale Teilhabe; die Chance, gesellschaftliche Veränderungen, die ohnehin längst laufen, demokratisch mitzuentcheiden.

Demonstrationen können politischen Forderungen Ausdruck verleihen. Und das ist wichtig. Wenn wir ehrlich sind, wissen wir aber auch, dass nicht jede und nicht jeder zu einer Demonstration geht. Weil gerade kein Geld übrig ist, in die nächste Stadt zu fahren. Oder weil einfach die Zeit fehlt in einem Alltag, der viel von uns abverlangt. Es liest auch nicht jede und jeder in der Zeitung von den hoffentlich großen Demonstrationen, mit denen der oft beschworene »gesellschaftliche Druck« auf die Bundesregierung gemacht wird.

Na klar: dort, bei der Ampel, liegen entscheidende Hebel zur Lösung der Probleme. Aber es wird auch darauf ankommen, dass wir uns selbst vor Ort in Bewegung setzen, dass wir uns im Alltag gegenseitig unterstützen, dass wir zuhören, auch einmal eine Schulter bieten zum Ausweinen, dass wir also dafür sorgen und dabei helfen, dass es bei uns, in unserem Leben wieder wirklich geschieht: »Kommt zusammen, Leute. Lernt euch kennen.«

Wir LINKE haben eine lange Tradition, in der »das Kümmern« eine wichtige Rolle spielt. So war es in den schwierigen Jahren ab 1990. So ist es noch heute in der Kommunalpolitik mit ihren vielen tausend Engagierten. Und so versteht auch die linksgeführte Thüringer Landesregierung ihre Verantwortung. Gerade in schweren Zeiten wird dann sichtbar, dass es einen Unterschied macht, wer regiert.

Ob in der Politik oder im Alltag, ob in der Stadt oder auf dem Land, ob Genossin, Genosse oder nicht, viele von uns lassen lebendig werden, was wir in linken Programmen oder Beschlüssen gern »praktizierte Solidarität vor Ort« nennen. Genau das ist jetzt unsere vielleicht wichtigste Aufgabe.

Was können wir konkret tun, wenn Menschen aufgrund der Folgen der Preissteigerungen in existenzielle Nöte geraten? Wie können wir noch besser Möglichkeiten für jene schaffen, die solidarisch aktiv sein wollen? Wie können wir als LINKE noch wirksamere Beiträge dazu leisten, jetzt »von unten« Menschen, Organisationen, Verbände, Hausgemeinschaften, Freund:innenkreise oder Vereine zusammenzubringen? Wo können wir Orte der Begegnung ausbauen, bei denen die, um deren Leben, um deren Wohngebiete, um deren Arbeit, Alltag und Zukunft es geht, miteinander ins Gespräch kommen können?

Stellt euch »Lokale Sozialausschüsse« in eurer Gemeinde vor, in denen wir LINKE mit Vertreterinnen und Vertretern von örtlicher Tafel, Stadtteilmanagement, Volkssolidarität, Mieterbund, Verbraucherzentrale, Handwerk und anderen über Möglichkeiten von Hilfe und Selbsthilfe beraten. Stellt euch »Runde Tische der Solidarität« vor, an denen wir mit anderen koordinieren können, welche Räume zur Verfügung stehen, welche Kontakte in die Politik wir nutzen, welche Ressourcen wir zusammenbringen können. Stellt euch in eurer Nachbar:innenschaft Orte der Begegnung vor, wo Menschen zusammenkommen, über ihre Sorgen aber auch Träume reden und sich auch einmal ausheulen können, wenn die Probleme des Alltags unüberwindbar erscheinen. Stellt Euch vor, was wir dabei voneinander lernen können, über das, was Menschen bewegt, welche Vorstellungen sie haben, was sie sorgt und was sie freut, über Lösungsmöglichkeiten, auf die wir selbst noch nicht gekommen sind.

Ich weiß, dass Inflationskrise und Klimakrise nicht die einzigen Probleme sind, die uns aktuell beschäftigen. Ich hebe beide aber an dieser Stelle deshalb heraus, weil sie eine sehr konkrete lokale Dimension haben: beide betreffen uns vor Ort auf jeweils besondere Weise.

Wir wissen: selbst im Falle radikaler Klimaschutzmaßnahmen werden zunächst erst einmal Temperaturanstieg, Hitzewellen, Extremwetter und Trockenheit zunehmen. Die unmittelbaren Folgen haben alle eine soziale und damit auch lokale Dimension, denn ob es nun neue Gesundheitsrisiken sind, ob neue Infrastrukturen und Umbau nötig werden, ob die regionale Landwirtschaft unter Druck gerät – in der Regel werden Menschen mit geringeren Einkommen, werden Be-

schäftigte und Firmen in bestimmten Branchen mehr belastet werden, sind bestimmte Gebiete eher betroffen oder haben Menschen aufgrund örtlicher Gegebenheiten weniger Chancen, sich der Folgen der Klimakrise zu erwehren.

Wir wissen auch, dass nicht alle gleichermaßen von der Inflation betroffen sind, selbst wenn die Preise für alle steigen. Aber dort, wo geringe Einkommen und fehlende Rücklagen »normal« sind, wo es besondere Belastungen aufgrund der örtlichen Struktur von Bebauung und Wärmeversorgung gibt, haben es die Leute eben besonders schwer. Das gilt dann übrigens nicht nur für die Menschen, sondern auch für kommunale Versorger oder öffentliche Wohnungsgesellschaften, für Handwerk, Vereine, Kultur...

Soziale Entlastung von der Inflation und linke Anpassungspolitik gegen die Folgen der Klimakrise verbindet, dass diejenigen dabei ins Zentrum gehören, die am stärksten betroffen sind. Ihre Erfahrungen, ihre Vorschläge, ihre Wünsche sind Maßstab für dringende nötige Veränderungen. Und sie sind es, die demokratisch und vor Ort über diese Veränderungen mitentscheiden sollten. Deshalb Rio Reiser: beides beginnt dort, wo Leute zusammenkommen und sich kennenlernen.

Ich weiß, dass ich hier nur ausspreche, was viele in der LINKEN ohnehin umtreibt und was sie bereits tun. Bei Vernetzung fangen wir nicht bei null an, bei Selbsthilfe haben wir Erfahrungen, über verbindende Praxis haben wir schon so oft gesprochen und unsere Hände ausgestreckt. Wir können aufbauen auf unserem kommunalpolitischen Fundament und auf eine engagierte Basis zählen. Und wir wissen, wer bei uns vor Ort noch alles am selben Strang ziehen will, Freund:innen, Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, Verbände. »Kommt zusammen, Leute« – erst recht, wenn wir uns schon kennen.

Wir diskutieren gern darüber, welcher Weg für die LINKE der richtige ist. Wir streiten uns gern über Grundfragen und weltpolitische Themen. Das ist auch keineswegs ein Nachteil, jedenfalls dann nicht, wenn wir dabei nicht aus dem Auge verlieren, was als »klein« erscheinen mag, in Wahrheit aber gerade jetzt die große Herausforderung ist: unser Engagement vor Ort.

Was wir seit Monaten in einer bisher nicht gekannten Härte um uns herum erleben, die enormen Preissteigerungen und die immer krasser spürbaren Folgen der Klimakrise, sind Prüfstein – nicht nur für uns LINKE, sondern für alle, die eine bessere, sozialere und ökologischere Welt wollen. Und das sind viele. An sie, an uns denke ich also, wenn mir in diesen Wochen immer wieder die Textzeile aus dem Lied von Rio Reiser in den Kopf kommt: »Kommt zusammen, Leute. Lernt euch kennen.«



»Keine Macht für Niemand« kommt Susanne Hennig-Wellsow derzeit oft in den Kopf



# Fachkräftemangel in Thüringen entgegensteuern

von Lena Saniye Güngör

Die Fachkräftesicherung wird in den kommenden Jahren zu einer der herausforderndsten Schlüsselaufgaben des Freistaats Thüringen werden. Ein bedarfsgerechtes Fachkräfteangebot ist unabdingbar für die sichere und stabile Zukunft des Bundeslandes. Es ist eine wesentliche Voraussetzung für ökonomische Stabilität, wirtschaftliches Wachstum und die Stabilität des Sozialsystems. Schauen wir in die Statistik wird der aktuelle Mangel an Fachkräften besonders gut sichtbar: seit 2010 ist die Vakanzzeit offener Stellen im Bund und insbesondere im Freistaat erheblich gestiegen. Während eine Stelle 2010 im Bundesschnitt 57 Tage unbesetzt blieb, liegt der Schnitt nun bei 124 Tagen. In Thüringen ist die Lage besonders dramatisch. Hier liegt die durchschnittliche Vakanzzeit bis zur Neubesetzung bei 184 Tagen, in der Altenpflege sind es sogar 236 Tage.

Der Fachkräftemangel hat zwar regionale Unterschiede und trifft nicht alle Branchen gleichermaßen, dennoch gibt es zahlreiche Berufsfelder, in denen deutschlandweit Stellen unbesetzt bleiben. Die immer noch anhaltende Corona-Pandemie verstärkt diese Entwicklungen weiter. Besonders im Gesundheits- und Pflegebereich, in der Bauwirtschaft und bei technischen Berufen herrscht teilweise akuter Fachkräftebedarf. Auch der unternehmensnahe Dienstleistungssektor ist laut IAB-Betriebspanel vom Fachkräftemangel betroffen.

Es ist an der Zeit dem Fachkräftemangel mit grundlegenden Maßnahmen entgegenzuwirken. Die Vorschläge, die dabei aus den Reihen der Bundesregierung und anderen Parteien kommen, sind allerdings äußerst fragwürdig. So forderte Sigmar Gabriel erst kürzlich die Einführung einer 42-Stunden-Woche. Eine vollkommen an der Thematik vorbeigehende, realitätsferne Forderung, denn die weitere Überlastung der vorhandenen Arbeitskräfte würde mitnichten dazu führen neue Arbeitskräfte für die einzelnen Fachbereiche zu gewinnen. Eine weitere Forderung, die unter anderem von Wirtschaftsminister Robert Habeck geäußert wurde, ist die Anhebung des Renteneintrittsalters. Dieser hässliche Vorschlag würde den Fachkräftemangel jedoch nicht beseitigen, sondern nur weiter verschärfen. Auch Anwerbeabkommen für Migrantinnen und Migranten für Bereiche, in denen schlechte Arbeitsbedingungen herrschen und niedrige Löhne gezahlt werden, sind in meinen Augen kein sinnvoller Lösungsweg. Der Bund möchte solche Abkommen beispielsweise für den Gastronomiebereich abschließen. Solange sich dort allerdings die Arbeitsbedingungen nicht verbessern und die Löhne niedrig bleiben, geht dies vollkommen am eigentlichen Thema vorbei. Die Ausbeutung ausländischer Beschäftigter kann und darf keine Lösung für den aktuellen Fachkräftemangel darstellen.

Die Linksfraktion im Thüringer Landtag hat sich deshalb auf ein Positionspapier verständigt, das, neben allgemeinen Zielen und Maßnahmen, auch bereichsfokussierte Forderungen enthält und dessen Umsetzung Thüringens Fachkräftemangel tatsächlich entgegenwirken und so die Stabilität der Wirtschaft und des Sozialsystems des Freistaates fördern wird.

Die allgemeinen Ziele und Maßnahmen umfassen, unter anderem, die Beibehaltung des Förderprogramms zur öffentlich geförderten Beschäftigung und gemeinwohlorientierten Arbeit in Thüringen (ÖGB), um mehr arbeitslose Menschen wieder in Arbeit zu bringen; eine Stärkung von Tarifabschlüssen und eine Festlegung von Kriterien für gute Arbeit; den Ausbau und die Förderung von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen; die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit am Arbeitsmarkt und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie; eine bessere Arbeitsmarktintegration von Studienabbrechenden; eine Arbeitszeitreduzierung bei vollem Lohnausgleich; eine Vereinfachung der Verfahren für Berufsanerkennung und ein besseres Rentensystem durch die Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent, den Renteneintritt mit 65 für alle und die Angleichung von Ost- und Westrenten.

Zu den bereichsfokussierten Forderungen gehören beispielsweise der Ausbau der berufsbegleitende Weiterbildungs- und Umschulungsangebote für den Bereich erneuerbare Energien und die Einrichtung eines Studiengangs mit dem Schwerpunkt erneuerbare Energien an der HS Nordhausen im Umwelt- und Energiesektor; eine gesetzliche Personalbemessung in der Pflege durch Einführung eines Personaluntergrenzgesetzes und eine Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen in der Pflege; verbesserte Rahmenbedingungen für Bildungs- und Sozialberufe durch bessere Bezahlung im Bereich der Erwachsenenbildung, Ausbildungsentgelt für Erziehende, die Überarbeitung des Thüringer Bildungsfreistellungsgesetzes und die Aufnahme des Modellprojektes ›Praxisintegrierte Ausbildung‹ (PiA) ins Thüringer Kindergartengesetz; flächendeckende, öffentliche Infrastruktur und attraktive Arbeitsbedingungen in der Bauwirtschaft durch Vorantreiben des flächendeckenden Ausbaus des ÖPNV und die Fortführung des Azubitickets zur finanziellen Entlastung von Auszubildenden, Einführung von thüringenweiten Kurzfahrtickets, bessere Arbeitsbedingungen in der Baubranche (z.B., durch kürzere Arbeitszeiten) sowie mehr Werbung für Berufe in der Baubranche. Um Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen, müssen Migration und Einwanderung erleichtert werden. Ausländische Abschlüsse müssen durch schnellere und transparentere Verfahren anerkannt werden.

Eine genaue Übersicht über alle Forderungen und Maßnahmen findet ihr unter:  
<https://www.ls-guengoer.de/nc/aktuell/detail/news/positionspapier-fachkraeftemangel-in-thueringen-entgegensteuern0/>

# Wasser ist Leben, Wasser muss allen gehören

von Ralph Lenkert

Auch 2022 war das Frühjahr erneut viel zu trocken, es regnete zu selten und wenn es regnete, dann oft so stark, dass der Regen abfloss, Überschwemmungen verursachte, aber eben nicht versickerte. Seit Juni ist es in großen Teilen Thüringens verboten, Wasser aus Gewässern zu entnehmen, Bewässerung aus Brunnen wurde untersagt.

Dabei steigt der Wasserbedarf bei Hitzewellen für Mensch und Natur. Zukünftig werden wir mit mehr Extremen leben müssen. Aber wie stellen wir die Trinkwasserversorgung bei sinkenden Grundwasserständen sicher?

Woher kommt ausreichend Wasser für die Industrie, für die Bewässerung der Landwirtschaft bei erneuten Dürreperioden?

Wie können wir Fische, Amphibien auch Eisvögel erhalten, bei austrocknenden Flüssen und Seen?

Das Thema Wassermanagement wird unverzichtbar werden und auch die Frage, wer darüber entscheidet, wer wie viel Wasser zu welchem Preis erhält. Die Vereinten Nationen haben den Zugang zu sauberem Wasser als Menschenrecht definiert. Deshalb darf Wasser, insbesondere Trinkwasser, nicht der Profitlogik privater Unternehmen unterworfen werden.

Auch in Deutschland haben Kommunen im Privatisierungswahn oder aufgrund finanzieller Zwänge ihre Wasserwirtschaft ganz oder teilweise privatisiert. In London macht man leidvolle Erfahrungen nach der kompletten Privatisierung der Wasserwirtschaft. Instandhaltung und Modernisierung des Wassernetzes passten nicht in die Renditeerwartungen der Investoren und wurden daher sträflich vernachlässigt. Ein paar Schlagzeilen verdeutlichen das Dilemma: März 2018 »Tausende ohne Wasser in London«, August 2019 »Wasserverluste bedrohen Versorgungssicherheit in London« oder Juli 2022 »Londoner Flughafen ist das Wasser ausgegangen«. In Berlin stiegen die Preise nach der Teil-Privatisierung schneller als anderswo in Deutschland. Die Berlinerinnen und Berliner erzwangen per Volksentscheid den Rückkauf der Wasserwirtschaft. In vielen Kommunen besteht der Wunsch, wieder die volle Hoheit über die Wasserversorgung zu haben. Die Rekommunalisierung ist rechtlich kompliziert und oft teuer. Deshalb brachte DIE LINKE im Februar 2022 einen Antrag im Bundestag ein: »Wasser durch Rekommunalisierung schützen«.

DIE LINKE fordert, dass Bund und Länder die Kommunen bei der Rekommunalisierung unterstützen.

Wir fordern, dass die Vergabe von Wassernutzungsrechten vorab besser geprüft wird.

Jahrelang wurden großzügige Wasserrechte ohne gründliche Prüfung an Unternehmen vergeben. So wie zuletzt in Brandenburg an die Tesla-Fabrik. Jetzt reicht das vorhandene Wasser nicht mehr und der Wasserverband führte für Neukundinnen und -kunden eine Rationierung ein. Nur 105 Liter am Tag je EinwohnerIn dürfen verwendet werden. Dass Privat die Daseinsvorsorge aussticht darf sich nicht wiederholen.

Bundesweit, und auch in Thüringen, stehen Kommunen bei der Vergabe von Nutzungsrechten und bei der Wassergewinnung vor Problemen. Die vorhandenen Daten zu Grundwasserneubildung sind unvollständig und oft veraltet. JenaWasser fördert Tiefengrundwasser aus Schichten, die Jahrzehnte alt sind, Veränderungen merkt man erst Jahre später.

In Frankfurt Oder ist die Trinkwasserversorgung für 65.000 Menschen gefährdet, da wegen der Braunkohleförderung zu viel Sulfat in der Spree ist. Für 10 Millionen Euro muss die Wasserversorgung umgestellt werden. In Unterfranken versuchen Landkreise und Kommunen, mit stark sinkenden Grundwasserpegeln auszukommen und bohren tiefer – keine Dauerlösung. Millionen Menschen in Berlin, am Rhein und der Ruhr werden durch Uferfiltrat - also Wasser aus den Flüssen - mit Trinkwasser versorgt, Kraftwerke und Industrie brauchen Kühlwasser – klappt das in 10 Jahren noch? Deshalb fordern wir endlich ein gesamtdeutsches Wassermanagement. Wir brauchen eine Nutzungskaskade für Wasser, damit Menschen und kritische Infrastrukturen auch bei langen Dürrephasen ausreichend Wasser erhalten. Das Wassermanagement muss auch die Hochwasserfrage berücksichtigen. Die Maßnahmen, die sowohl gegen Dürre und gegen Hochwasser helfen, sind bekannt: Flüsse renaturieren, Moore wiederbeleben, Nadelwälder umbauen zu Mischwäldern, Flächen entsiegeln. Das LINKE Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft in Thüringen (TMIL) untersucht die Wiederinbetriebnahme stillgelegter Wasserspeicher aber die Landesmittel sind begrenzt. Das verdeutlicht noch einmal, dass Wassermanagement eine gesamtdeutsche Aufgabe ist.

Der Bund und die Länder müssen endlich gemeinsam handeln.

Die Regendefizite 2018, 2019, 2020 und 2022 in weiten Teilen Deutschlands warnen uns.



Ralph Lenkert in Bad Sulza bei Eröffnung des Gradierwerkes am 30. April 2022

**Wir suchen  
sachkundige  
Bürger\*in für den  
Familien- und  
Sozialausschuss!**

Möchtest du dich für ein gutes, solidarisches Zusammenleben in Weimar engagieren, besonders im Bereich Sozial- und Familienpolitik, Integration, bezahlbarer Wohnraum, Kultur für Alle u. a. mehr?

Lass uns gemeinsam an der Verwirklichung unserer Idee arbeiten. Wir freuen uns auf dich!

**Bei Interesse wende  
dich bitte an**

Tel: (03643) 20 26 46  
oder: 017677174451

Email:

stadtrat-weimar@die-linke-apolda-weimar.de

# ... es kommt darauf an, sie zu verändern.

von Sabine Berninger

Ein subjektiver Rückblick auf den Bundesparteitag

Es ist gar nicht so einfach, fast zwei Monate nach dem Ereignis Bundesparteitag einen Bericht darüber zu schreiben (und dabei nicht allzu subjektiv oder einseitig zu berichten). Hilfreich für die Recherche ist, neben den veröffentlichten Beschlüssen und Medienberichten bei Twitter den Hashtag #linkeBPT aufzurufen. Das garantiert verschiedene Sichtweisen auf die behandelten Themen, auf den Verlauf, auf Fazits, die Leute gezogen haben. Und natürlich sind meine Notizen und die E-Mails zur Arbeit der Antragskommission eine ganz passable Erinnerungshilfe. Und aus dieser Sicht schreibe ich nun diesen Parteitagsbericht doch sehr subjektiv - bitte entschuldigt.

Der Bundesparteitag in Erfurt hatte deutlich andere Vorzeichen, als - wie ich finde - alle Parteitage vorher: der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die Klimakatastrophe, #linkemetoo, die verlorene Bundestagswahl 2021, eine zurückgetretene Parteivorsitzende, die Pandemie. Als letzte Chance für die Partei wurde er von vielen gesehen.

Dem versuchte der Parteivorstand zu entsprechen. Dieser »beginnt« einen Parteitag ja bereits Wochen vorher, mit der Einberufung. In seiner Sitzung am 23. und 24. April beschloss der Vorstand nicht nur, den BPT für den 24. - 26. Juni 2022 in Erfurt einzuberufen, sondern verabschiedete auch Anträge zu den Regularien, wie den vorläufigen Zeitplan, die Geschäftsordnung und - um der aktuellen Situation gerecht zu werden - drei Leitanträge: »Gemeinwohl statt Profit. Klimagerechtigkeit statt Aufrüstung.« (L.01, als Position der LINKEN zur Klimakatastrophe), »DIE LINKE aufbauen.« (L.02, zur Parteireform) und »Keine Aufrüstung, kein Krieg. Für eine neue Friedensordnung und internationale Solidarität.« (L.03, zum Angriffskrieg auf die Ukraine). Die satzungsgemäßen Antragsfristen wurden mit der Einberufung ebenfalls festgelegt: für Anträge von grundsätzlicher Bedeutung (nach § 17 Absatz 5 der Bundesatzung 8 Wochen vor Beginn des Parteitages) am 29.04., für Anträge (6 Wochen vorher) am 12.05. und für Änderungsanträge zu eingereichten Anträgen am 08.06. Diese Fristen markieren gleichzeitig auch den groben zeitlichen Rahmen für die Arbeit der Antragskommission, die zunächst zu prüfen hat, ob die Anträge den durch die Satzung vorgegebenen formalen Kriterien entsprechen.

Zu den vorgelegten Leitanträge (insgesamt waren es fünf) gingen erwartungsgemäß eine große Zahl an Änderungsanträgen ein - zum Beispiel zum Antrag L.01 149: Bereits mit dem Einberufungsbeschluss hatte der PV entschieden, wie schon zu den vorigen Parteitag online, Vorberatungen mit den Änderungsantragsteller:innen im Vorfeld des Parteitages zu organisieren, um Differenzen zu diskutieren, Kompromisse zu finden und so Änderungsanträge zu »erledigen«. Alle 149 Änderungsanträge zum Leitantrag 01 während der Tagung des Parteitages zu debattieren, hätte den Zeitplan gesprengt: da jede:r Antragsteller:in das satzungsgemäße Recht hat, Anträge einzubringen und dazu Für- und

Gegenreden vorgeschrieben sind, hätte die Debattenzeit zu L.01 allein (bei einer Redezeit von jeweils 1 Minute) schon bis zu 7 Stunden und 45 Minuten bedeuten können. Viele der Änderungsantragsteller:innen nutzten die angebotenen Onlinediskussionen zu den Leitanträgen des Parteivorstandes. Dort konnten gemeinsam mit den zuständigen Vorstandsmitgliedern Kompromisse und gemeinsame Formulierungen gefunden werden. Darüber hinaus wurden durch den Vorstand in seinen Sitzungen am 21., 22. Mai und 18., 19. Juni einige der Änderungsanträge übernommen.

Am Vorabend der Tagung stehen für die Gremien (PV, Tagungsleitung, Antragskommission) noch letzte vorbereitende Beratungen an; Mitglieder der Antragskommission sind bei all diesen Sitzungen dabei. Aufgabe der Antragskommission ist es (so ist es in der Geschäftsordnung verankert), »das Tagungspräsidium des Parteitages unverzüglich darauf hinzuweisen, wenn eine ordentliche Antragsbehandlung im vorgesehenen Zeitrahmen mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht möglich sein wird«. Ein Auftrag, dem wir nahezu bei allen Parteitag nachkommen müssen, da meist die Flut an Anträgen, die Rederechte und -zeiten der Antragsteller:innen nicht zu den beschlossenen Zeitplänen »passen«. Immer wieder weisen wir schon im Vorfeld der Parteitage die Vorstandsmitglieder darauf hin, dass die für die Antragsberatung veranschlagte Zeit dazu führt, dass Anträge nicht debattiert und entschieden werden können. Oder anders gesagt - ironisch, mit einem Augenzwinkern: immer wieder berücksichtigen Antragstellende nicht den Zeitplan. Daher muss die Antragskommission auch Anträge priorisieren, das heißt, eine Reihenfolge vorschlagen, die nicht den Zeitpunkt der Antragstellung, die Reihenfolge ihres Eingangs, berücksichtigt, sondern die Dringlichkeit des Anliegens. Die der Zeit zum Opfer fallenden Anträge werden dann vom Parteitag auf Vorschlag der Antragskommission an den Parteivorstand oder den Bundesausschuss überwiesen, was zwar als »Behandlung« der Anträge gilt, aber zu Unzufriedenheit und Frustration nicht nur bei den Antragstellenden führt, da solche Überweisungen als »Beerdigung« oder Behandlung »zweiter Klasse« gesehen werden.

Das alles wird im Vorfeld der Tagung des Parteitages beraten. Und dann ist er da: der Parteitagstag. Mit der Aufregung: wird alles gut gehen? Haben wir ihn gut vorbereitet? Wie ist die Stimmung? Welche Genoss:innen werde ich endlich mal wieder treffen? Wird es gute Entscheidungen geben oder könnte etwas schiefgehen? Letzteres war auch die häufigste Frage, die mir Genoss:innen gleich nach der freudigen Begrüßung stellten: »Und - wird es gut ablaufen? Oder knallt es dieses Wochenende in der LINKEN?« Ich muss sagen, ich blickte eigentlich recht gelassen auf den Parteitag. Ja: Meinungsverschiedenheiten würde es geben, mehrheitliche Beschlüsse zu Schlüsselfragen würden wohl nicht Jede:n zufriedenstellen. Aber aus der (formalen) Sicht der Antragskommissionssprecherin war das ein Parteitag wie die vorigen auch.



Übersichtsaufnahme aus dem Tagungsraum der 1. Tagung des 8. Bundesparteitags der DIE LINKE von 24. bis 26. Juni 2022 in Erfurt, Quelle: DIE LINKE. Bundesgeschäftsstelle

Die Stimmung war gut und (abgesehen von den Problemen mit dem für die Abstimmungen wichtigen W-LAN und der stickigen Luft) konstruktiv, finde ich. Es wurden meines Erachtens gute Beschlüsse gefasst, unter anderem:

– Mit dem Beschluss »Kriege und Aufrüstung stoppen. Schritte zur Abrüstung jetzt! Für eine neue Friedensordnung und internationale Solidarität!«: Die Verurteilung des russischen Angriffskrieges. Die Achtung des Selbstverteidigungsrechts der Ukraine. Die Verteidigung des Völkerrechts und der Menschenrechte. Eine differenzierte Position zu Sanktionen gegen Russland und eine klare Haltung zu Nordstream 2. Die Initiative zu einem Diskussionsprozess zur Weiterentwicklung der friedenspolitischen Positionen der LINKEN.

– Mit dem Beschluss »Gemeinwohl statt Profit. Klimagerechtigkeit statt Aufrüstung!«: den Anspruch einer kämpferischen modernen, sozialistischen Gerechtigkeitspartei, die für eine gerechte Transformation, für weltweite soziale Rechte und Klimagerechtigkeit, für Abrüstung, Frieden und eine neue sozial-ökologische Weltwirtschaft einsteht und den sozialen und ökologischen Systemwechsel ins Zentrum ihrer Politik rückt, dafür Bündnispartner:innen sucht und die Kämpfe verbindet.

– Mit den Beschlüssen zu Satzung und Parteistruktur: die Verkleinerung des Parteivorstandes, damit er handlungsfähiger wird. Die Bekräftigung unseres feministischen Grundkonsenses, verbunden mit entsprechenden Ergänzungen in der Bundesatzung und dem erklärten Willen, die unter #linkemetoo bekannt gewordenen Fälle sexualisierter Gewalt und Diskriminierung aufzuarbeiten. (Dass der Antrag S14 mangels Anwesenheit der dafür benötigten Delegierten nicht das erforderliche satzungändernde Quorum erhielt, hat einen bitteren Beigeschmack - dieser Antrag muss nun auf der nächsten Tagung des Parteitages erneut abgestimmt werden, damit die darin enthaltenen Sanktionen und Konsequenzen für Täter:innen in die Satzung aufgenommen werden.)

Und es wurde ein Bundesvorstand gewählt, der aus meiner Sicht gut zusammengesetzt ist und nun die Chance bekommen (und nutzen) sollte, die Aufträge des Bundesparteitages umzusetzen, die Differenzen zur Bundestagsfraktion zu bereinigen und DIE LINKE als einzige soziale Alternative wieder nach vorne zu bringen.

Besonders genervt hat mich an dem Parteitag, mich von einigen der Redner:innen angebrüllt zu fühlen. Ich weiß, dass besonders leidenschaftlich vorgetragene Reden gut bei den Delegierten ankommen. Dennoch muss man nicht schreien, finde ich (die Tonlage funktionierte ja gut).

Mein persönlicher »Aufreger« war die (meines Erachtens völlig unnötige) Äußerung Gregor Gysis bezüglich gendergerechter Sprache und Schreibweise: es ist nämlich nicht allein das »gehobene Bürgertum«, das Sternchen oder Doppelpunkte oder den Glottisschlag (die von Gysi »Ugh« genannte Lücke beim Sprechen) benutzt, um alle Geschlechter gleichberechtigt anzusprechen. Und: gendergerecht Sprechen oder Schreiben hält auch nicht davon ab, sich auch um andere wichtige politische Themen zu kümmern.

Ganz besonders berührt hat mich das Grußwort Gerhard Traberts. Sein »Ihr werdet gebraucht wie nie zuvor.«, »Ihr habt jetzt eine so große Verantwortung.« und »Bitte - ein Appell an Euch - streitet, beschließt, diskutiert, aber am Ende des Parteitags seid solidarisch und kämpft für die Menschen und mit den Menschen, die viel zu wenig gehört werden! ... bitte, findet Euch zusammen, denn das Land braucht DIE LINKE. ... und ich bin überzeugt: Ihr schafft das. ... und ich bin überzeugt: Ihr schafft das.«

Bedingt durch die Arbeit in der Antragskommission habe ich nicht alle Debatten mitbekommen, aber mein Gefühl nach dem Bundesparteitag in Erfurt war (und ist) für DIE LINKE ein gutes.



Interview mit Ursel Oechsner

»Ich lebe in Weimar, aber meine Heimat ist weit weg, Kaliningrad.«

Bild: Martin Kempel

Liebe Ursula, ich sitze jetzt hier und wir kennen uns gar nicht, aber Fuggi, der jetzt leider gerade im Krankenhaus ist, hat zu mir gesagt: »Wir müssen unbedingt mit Ursel sprechen.«

Ja, ich freue mich schon.

Eingangs stelle ich immer die Frage: Wann bist du eigentlich geboren? Wo bist du aufgewachsen? Und wie bist du dementsprechend ins Leben gestartet?

Ich bin am 13. Oktober 1920 in Ostpreußen auf einem ziemlich großen Gut geboren. Mein Vater war dort als Hausdiener angestellt. Es war die Welt des uralten ost-deutschen Landadels. Ich muss aber sagen, dass das Dorf, in dem ich geboren wurde, eigentlich ziemlich fortschrittlich war. Wir hatten eine zweiklassige Landschule mit zwei Lehrern. Wo gabst du damals schon? Ich bin dann vier Jahre in die dortige Grundschule gegangen, dann bis zur mittleren Reife in die Schule in der Kreisstadt und dann die letzten drei Jahre in Königsberg, da habe ich mein Abi gemacht.

Ist das das Königsberg von Immanuel Kant?

Genau das. - Und damals waren die Gesetze so: Wenn man die Schule beendet hatte, musste man entweder ein Jahr Arbeitsdienst oder ein Pflichtjahr machen. Ich habe mir gedacht: Arbeitsdienst mit Uniform und Spaten, nee. Also bin ich ins Pflichtjahr und zwar in einer Revierförsterei. Das war ein wunderschönes Jahr! Nach kurzer Zeit kannte ich die ganzen Fachausdrücke, die verschiedenen Jagdsignale und auch die Lieder... \*fängt an zu Singen\*: »Jäger, Treiber, Erbsen gibts und Schweinespeck.«

\*lacht\*

Nach diesem wunderschönen Jahr wurde mir vom adeligen Gutsbesitzer nahegelegt, Buchführung zu lernen. Also besuchte ich in Königsberg ein Jahr die dortige Handelsschule. In der Schule ist meine erste Fremdsprache Englisch gewesen, dann kam Französisch und nun in der Handelsschule noch russisch hinzu. »Я живу в городе Веймар, а родилась далеко в Калининграде.« Verstehst du das?

Nein, tut mir leid, ich hatte kein russisch in der Schule...

»Ich lebe in Weimar, aber meine Heimat ist weit weg, Kaliningrad.« - Nachdem ich nun nun mein Jahr in der Handelsschule abgeschlossen hatte, landete ich, nach einigen Zwischenstationen auf kleineren Gütern, in Tharau.

Und dort hast du gearbeitet?

Ja, dort habe ich die Buchführung gemacht. Das war ein reiches Gut, kann ich dir sagen. Wir hatten 260 reinrassige Kühe, 700 reinrassige Schafe, usw. usf.

Der Begriff »Gut« und die ganze Lebenswelt, die damit verbunden ist, ist ja heute gar nicht mehr präsent und ich kenne das auch nur aus der Geschichte – und bei dir macht es ja die ganzen frühen Lebensjahre, und wie sich die Menschen dort bewegt & assoziiert haben, aus...

Ja, absolut. Naja, aber dann war ja Krieg und auf das Gut kamen 50 russische Kriegsgefangene, die die ganze Arbeit machten.

Wir kriegten dann von Königsberg, wie soll ich sagen, eine Art »Benimmzettel«, der beschrieb, wie wir uns ih-

nen gegenüber zu verhalten hatten. Das waren im Prinzip keine Menschen. Die bekamen am Tag für fünfzig Leute einen Würfel Margarine, stell dir das mal vor, und für die ganze Woche einen Zentner Kartoffeln. Einmal kam der Koch zu mir und sagte: »Kameraden schlecht.« Ich so: »почему?« / »warum?« - Er: »холодно« / »kalt«. Und ich antwortete: »на царяй« / »Zur Scheune«. Ich hätte gut als Aufseherin durchgehen können: Stiefel, Reithose, ne Gärte im Stiefel und neben mir eine reinrassige schwarze Doge.

Warum hattest du so ein Outfit an? Du warst ja Buchhalterin.

Naja, das war eben Teil meiner Aufgaben. Er ging also vor mir. Ich, mit der Doge, hinter ihm und dann habe ich ihm fünfzig Bund Stroh von der Scheune in die Unterkunft bringen lassen. Das musste aber jemand bespitzelt haben. Denn eines Tages fuhr ein Auto vor und es stieg ein Herr im grünen Ledermantel aus, ohne sich vorzustellen, und sagte: »Ich habe gehört, dass hier jemand mit den Russen sympathisiert.« Ich wurde hellhörig und sagte: »Was heißt »sympathisieren?« Wer sind sie überhaupt?« Der Hund knurrte schon. Er antwortete: »Hier sympathisiert jemand mit denen und verhätschelt die.« Ich sagte: »Ach, das ist ihr Anliegen. Soll ich ihnen mal etwas sagen. Die Russen machen die ganze Arbeit hier bei uns. Soll ich ihnen einmal sagen, was ein Bund Stroh kostet: ein paar Pfennige. Und wenn hier jemand kommt und eine Herdkuh versaut, dann sind das ein paar tausend Mark. Machen sie, dass sie hier wegkommen oder soll der Hund ihnen zeigen, wo die Tür ist?« Ich wusste genau, wer das war, nämlich ein Mann vom Staatssicherheitsdienst.

Wie ging es dann weiter?

Wir hatte in Tharau, auf dem Gut, auch eine Reparaturwerkstatt für Panzer und der Kommandant sagte zur mir: »Solange wir hier sind, ist es einigermaßen sicher, aber wenn wir abrechen, dann würde ich ihnen empfehlen, die Koffer zu packen.« Und so kam es dann auch... Ich habe meine Koffer gepackt, vors Haus fuhr ein Panzer und ich bin eingestiegen. Da ist es vielleicht eng... und der Panzer fuhr mich bis an die Grenze von ehemals Königsberg. Ich bin dann über Ruinen zum Nordbahnhof, denn ich wusste von dort aus fuhr den Züge nach Pillau.

Und am Nordbahnhof stand bei Gott ein Lazarettzug. Ich hatte inzwischen meine Schwestertracht angezogen, bin reingegangen und fragte nach dem Oberarzt. Der Arztwagen war wie eine Praxis – die beiden Oberärzte spielten Schach – und ich habe sie gefragt, ob sie Arbeit für mich hätten. »Ja«, sagte der eine, »Arbeit haben wir schon, aber eine Schwestertracht kann sich jeder anziehen. Sie erlauben doch ein paar Fachfragen.« Ich dachte, was kommt wohl jetzt...

Du hattest auch eine Ausbildung als Krankenschwester gemacht?

Ja, meine Mutter war beim roten Kreuz und hat dort Lehrgänge gegeben. Diese habe ich an den Wochenenden immer besucht und in den ersten Kriegsjahren habe ich in Königsberg auf dem Hauptbahnhof Dienst gemacht, wenn Züge mit Verwundeten ankamen. Daher kannte ich mich sehr gut aus und konnte die Fachfragen der beiden Ärzte relativ leicht beantworten. Mir wurde dann ein ganzer Zugabteil zur Betreuung zugewiesen.



In einer der ersten Nächte machte es dann einen Ruck und der Zug hielt an... Wenig später sprang die Tür auf, ein Schwall kalte Luft kam herein und ein sowjetischer Soldat stand mit seiner Kalaschnikow vor mir. Kriegsgefangene kannte ich ja, aber keine aktiven Truppen. Ich habe direkt zu ihm gesagt: »Что такой, это госпиталь! Давай, сладиться!« Und er ging. Er ging! Ich habe mich aufs nächste Bett gesetzt und ein Verwundeter sagte: »Schwester, das hätte aber Böse ausgehen können.« Und was ich ihm sagte, war: »Was soll das, dass ist ein Lazarett! Raus hier, aber schnell!«

Irgendwann sind wir in Pillau angekommen, wo ein großes Schiff ankerte, auf welchem die Verwundeten zusammen mit uns untergebracht werden sollten. Es war total überbelegt. Alle Gänge waren voll mit Flüchtlingen.

Eines Nachts kam dann ein Matrose auf mich zu und sagte: »Horch mal, wir sind beide Ostpreußen« und dann laut: »Schwester, haben sie schon einmal Meeresleuchten gesehen.« Ich dachte mir, der will doch was von mir. Und dann sind wir hoch aufs Heck und da stand abgedeckt eine Flak und das auf einem Schiff das sichtbar unter dem roten Kreuz fuhr. Er sagte: »Wir fahren seit einer Stunde unter U-Boot-Alarm. Der Kapitän ändert ständig den Kurs.« Vor uns fuhr ein Minensuchboot, hinter uns ein Torpedoboot. Das war das ganze Geleit.

In der gleichen Nacht bin ich wieder durch einen Ruck wach geworden. Die Tür sprang auf, der Matrose kam mit Schwimmwesten und sagte: »Komm, komm, komm, wir haben zwei Torpedos von der Landseite, wir sinken.«

#### Ihr wurdet getroffen?

Ja! Und dann sind wir hoch. Ich habe auf dem D-Deck gewohnt und nun kannst du dir vorstellen, wie viele Decks man da hoch muss. Als wir oben ankamen, sagte der Matrose: »Jetzt müssen wir springen. Der Kessel explodiert. Du kletterst jetzt auf die Reling, hältst dich hier oben fest und wenn ich bis drei zähle, springen wir!« Also sind wir ins Wasser gesprungen und ich kann doch noch nicht einmal schwimmen. Die Lage kannst du dir nicht vorstellen. Chaos ist ein viel zu schwacher Begriff dafür. Der Matrose sagte: »Wir müssen jetzt weg, denn das Schiff sinkt und dann nimmt es uns mit.« Das Schief hieß »General von Steuben«.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Aus Wikipedia: »Am 9. Februar 1945 lief die Steuben von Pillau in Richtung Kiel aus. An Bord befanden sich etwa 2.800 Verwundete, 300 Personen medizinisches Personal, 150 Mann Besatzung und angeblich etwa 900 Flüchtlinge. Über die Zahl der eingeschifften Flüchtlinge besteht dabei große Unsicherheit. Das Schiff fuhr abgedunkelt im Geleit des Torpedoboots T 196 durch die Ostsee in Richtung Westen. Am 10. Februar 1945 gegen 00:55 Uhr wurde die Steuben von zwei Torpedos des sowjetischen U-Bootes S-13 getroffen und sank innerhalb von nur etwa 15 Minuten. Beim Untergang der Steuben kam der größte Teil der an Bord befindlichen Personen ums Leben, nur etwa 660 Schiffbrüchige konnten vom Begleitschiff des Transporters und dem zu Hilfe kommenden Torpedofangboot TF 10 aus der eiskalten Ostsee gerettet werden. Zwischen 1100 und 4200 Menschen verloren bei dem Untergang ihr Leben.«

Ich habe jetzt vieles erwartet, als ich hierhergekommen bin, aber was du erzählst... krass, was du erlebt hast...

Ja – und dann sind wir irgendwie in Kolberg an Land und ins Lazarett gekommen. Ich lag da und meine erste Erinnerung war: alles hell, ich bin im Lazarett, habe ein Offiziersnachthemd an – und dann der Schock: ich habe nichts, gar nichts, ich konnte noch nicht einmal aufstehen. Als ich einigermaßen wieder beisammen war, musste ich mich fragen: Wo nun hin? Zuhause, Ostpreußen gab es ja nicht mehr...

Da in Berlin der älteste Bruder meiner Mutter wohnte, bin ich mit dem Wehrmachtfahrzeug erst mal dorthin gefahren. Nach kurzem Aufenthalt erfuhr ich, dass ich meinen weiteren Dienst in Thüringen machen sollte. Ich dachte mir nur: Thüringen, wo issn das?

So bin ich dann in Rudolstadt gelandet. In der Schilleroberschule war das dortige Hauptlazarett. Ich hatte auch meinen Zettel, dass ich den Schiffuntergang der von Steuben überlebt habe. Die Oberin, Schwester Olga von Prinz, war sehr verständnisvoll. Hinter dem Bahnhof war so eine Art Hotel – das weiß ich nicht mehr so genau. Jedenfalls hatte ich da ein kleines Zimmer mit dem Nötigsten und sogar ein Bad. \*Klatscht in die Hände\* Na, was sagste dazu?

\*lacht\*

In dem Lazarett habe ich dann meinen normalen Dienst gemacht. Eines Tages sagte ich jedoch dem dortigen Oberfeldarzt: »Ich würde ja gerne einmal bei einer Op dabei sein.« Er sagte: »Sie können immer helfen. Als Hakenhalter zum Beispiel.« Es sollte eine Blinddarm-Operation sein. Als der Arzt anfing, dachte ich, dass das riecht wie zu Hause, wenn ein Schwein geschlachtet wird. Einige Tage später kam der Oberarzt und sagte: »Heute haben wir wieder eine Op, aber raus geht es diesmal nicht.« Hätte ich doch bloß nicht zugesagt. In dieser Op ging es um eine Amputation; dem Patienten wurde ein Unterbein entfernt. Eine ganze Weile habe ich dabei zugeguckt, aber als der Arzt zu der Säge griff – dieses Geräusch - ...

Du wirst ja jetzt ganz schön durch die Weltgeschichte gewürfelt und es passieren allerlei Dinge. Was macht deine Familie in dieser Zeit, deine Eltern, deine Geschwister. Wo sind die? Wie ist dein Verhältnis zu ihnen?

Ich hatte die ganze Zeit über keine Ahnung, wo die waren, geschweige denn, was mit ihnen passiert ist.

Du bist ja in eine (ultra-)politische Welt hineingewachsen. Wie hast du dich selbst dazu positioniert? Du hast ja in ihr funktioniert, du hast mitgemacht, hattest aber auch deine Differenzen...

Weißt du, zu solchen Überlegungen hattest du gar keine Zeit. Alles war viel zu schnell, turbulent und aufreibend...

In Rudolstadt war ich zum Beispiel einmal nachts auf der Straße. Da hörte ich ein Geräusch und dachte: Das ist doch ein Panzer. Und.. Richtig! Da kam einer... Er kam ganz gemächlich immer näher und ich blieb stehen, was sollte ich auch machen. Die Luke sprang dann auf und der Kommandant kam mir entgegen... »Hello baby, whats the matter? What are you doing here?«

\*lacht\*

Ich sage: »I am working in a hospital. I must go.« Er: »Where is it?« Ich: »300 meters behind you.« Dann fuhr der Panzer rückwärts und er ging neben mir. Er stopfte mir alle Taschen bis zum Überfluss zu: mit Kaugummi, Chesterfield, usw. usf. und sagte »Keep smiling, take it easy.« Frag mich nicht, wie ich von dem Panzer über den Schulhof in die Schule gekommen bin. Der hätte sich ja einen Jux machen können. Aber ich kam gut an.

Ich hatte ja schon mit Sigrid ein Interview geführt und die ist auf ihrer Flucht (aus dem Westen von Deutschland) auch in Rudolstadt gelandet. Es gibt daher interessante Überschneidungen.

Ja, Sigrid kenne ich auch noch gut aus unserer gemeinsamen Zeit beim Weimarwerk. Sag ihr bitte ganz, ganz liebe Grüße

Vielleicht führen wir beim nächsten Mal das Interview gemeinsam weiter. Es gibt ja von euch beiden noch sehr, sehr viel zu erzählen.

Das Interview führte Martin Krempel.

## SPENDENAUFBRUF FÜRS GINKGOBLATT

Liebe Leser:innen, wenn auch ihr möchtet, dass das »rote Ginkgoblatt« dauerhaft finanziell abgesichert ist, dann spendet bitte auf folgendes Konto:

Kontoinhaberin: **DIE LINKE. Apolda-Weimar**  
Bank: **Sparkasse Mittelthüringen**  
IBAN: **DE34 8205 1000 0301 0136 08**  
BIC: **HELADEF1WEM**  
Zweck: **Spende Ginkgoblatt**

# Psyche und Krise(n)

von Lilli Hallmann

Rück- und Ausblick eines Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten



Max Roßner, »OH 4«, aus der Grafikmappe »Fluss und Wege« Auflage 5 Stk. 20 x 30 cm Leimradierung (Glue Etching) Weimar 2021, Web: max-rossner.de Insta: @rossner\_max

Noch allzuhäufig werden persönliche Krisen, zu denen psychische Auffälligkeiten und behandlungsbedürftige Störungen zählen können, als »privates« Problem angesehen. Die Corona-Krise, die einerseits persönliche Sorgen, Ängste und Nöte entfachen oder verstärken ließ, hat auf der anderen Seite eine öffentliche Aufmerksamkeit für eben solche krisenhaften Zustände geschaffen. Aus diesem Problembewusstsein heraus kann nach einem möglichen Zusammenhang von persönlicher und gesellschaftlicher Krise gefragt werden.

»Psychische Störungen werden als multifaktoriell verursacht angesehen«, so Sebastian,<sup>1</sup> ein Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut mit eigener Praxis in Thüringen. Für jede:n Patient:in müsse individuell festgestellt werden, welche Faktoren – biologische, psy-

chische und soziale – auf welche Weise zusammenwirken. Was nun Störungen unter Pandemiebedingungen betrifft, seien verschiedene Zusammenhänge denkbar. Angsterkrankungen etwa könnten Ausdruck einer direkten Angst, zu erkranken, oder die Verstärkung einer sozialen Phobie sein. Depressionen könnten dadurch hervorgerufen werden, dass Sozialkontakte fehlen bzw. es an Möglichkeiten mangelt, Aktivitäten nachzugehen. Darüber hinaus könne in einer solchen Situation eine ohnehin bereits vorhandene Hoffnungslosigkeit verstärkt werden. Einen möglichen Zusammenhang sieht der Psychotherapeut zudem zwischen ADHS (Aufmerksamkeitsdefizit-/ Hyperaktivitätsstörung) und dem Wegfall von Sport und ähnlichem, sowie zwischen Sozialverhaltensstörungen und der Zunahme familiärer Konflikte durch bspw. Homeschooling. »Es gibt inzwischen mehrere Untersuchungen, die eine Zunahme psychischer Auffälligkeiten und behandlungsbedürftiger Störungen belegen«, so Sebastian über den Bedarf an psychotherapeutischer Behandlung seit Pandemiebeginn. Bereits vor Corona sei mit teilweise mehrmonatigen Wartezeiten zu rechnen gewesen, die jedoch regional sehr unterschiedlich ausfielen. »Mit etwa 4-6 Monaten ist jetzt bei mir aktuell zu rechnen, um eine Psychotherapie und nicht nur eine Sprechstunde zu erhalten.«

Das soziale Umfeld, Beratungsstellen und Internetseiten spielen eine zentrale Rolle – nicht nur, aber auch, um Wartezeiten auf einen Therapieplatz zu überbrücken. Eltern von in die Krise geratenen Kindern und Jugendlichen rät der Psychotherapeut folgendes: »Eltern müssen keine strahlenden Held:innen sein, es reicht, wenn sie zuhören, wiedergeben, was sie verstanden haben und Verständnis für die daraus resultierenden Gefühle zeigen. Auch müssen sie nicht alle Antworten kennen, sondern sollten authentisch eingestehen, wenn sie nicht weiterwissen, wobei es sicher hilfreich ist Hoffnung zu wecken, dass sich alles wieder einrennen wird.«

Anlaufstellen wie die »Nummer gegen Kummer« können von Kindern, Jugendlichen und Eltern kostenlos und anonym genutzt werden. Infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine wird die telefonische Beratung für Geflüchtete auch in ukrainischer und russischer Sprache angeboten.

**Anonyme und kostenfreie (telefonische) Beratung:**  
[www.nummergegenkummer.de](http://www.nummergegenkummer.de)

**Kinder- und Jugendtelefon** 116 111  
**Elterntelefon** 0800 111 0 550

**Telefonberatung in ukrainischer oder russischer Sprache** 0800-500 225 0

**Übersicht sonstiger Notfalltelefone:**  
[www.sorgen-tagebuch.de/soforthilfe/notfalltelefone](http://www.sorgen-tagebuch.de/soforthilfe/notfalltelefone)

# Die Opfer mahnen – Gedenken an Hiroshima und Nagasaki in Weimar

von Heidrun und Stan Sedlacik

Die US-amerikanischen Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 waren die bislang einzigen Einsätze von Atomwaffen in einem Krieg. Die Atombombenexplosionen töteten insgesamt ca. 100.000 Menschen sofort, fast ausschließlich Zivilisten und von der japanischen Armee verschleppte Zwangsarbeiter. An Folgeschäden starben bis Ende 1945 weitere 130.000 Menschen. Die noch lebenden Opfer des Angriffs werden in Japan als »Hibakusha« bezeichnet und leiden an den Folgen der Verstrahlung bis heute.

In New York findet vom 1. bis 26. August, die 10. Überprüfungskonferenz des 1970 unterzeichneten Nichtverbreitungsvertrags für Atomwaffen (NVV) bei den Vereinten Nationen statt. UN-Generalsekretär António Guterres: »Die Welt befindet sich in einer Zeit nuklearer Gefahr, wie es sie seit dem Höhepunkt des Kalten Krieges nicht mehr gegeben hat. Die Menschheit läuft Gefahr, die Lehren zu vergessen, die in den schrecklichen Feuern von Hiroshima und Nagasaki geschmiedet wurden. Die Welt ist nur ein Missverständnis oder eine Fehlkalkulation von der nuklearen Vernichtung entfernt.«

Am 77. Jahrestag des US-Atombombenabwurfs auf Hiroshima fanden bundesweit mehr als 100 Friedensveranstaltungen statt, so auch in Weimar auf dem Goetheplatz. Die Initiative Welt ohne Waffen und Attac Weimar rufen, wie das Netzwerk Friedenskooperative in Bonn die Bundesregierung auf, konsequent gegen die anhaltende atomare Bedrohung vorzugehen und sammelte dafür Unterschriften. Die in der Bundesrepublik stationierten US-Atomwaffen sollen abgezogen werden und die BRD soll dem Atomwaffenverbotsvertrag schnellst möglichst beitreten. Weltweit gibt es noch immer rund 13.000 Atomwaffen, darunter etwa 1.800, die in ständiger Alarmbereitschaft gehalten werden.

Herzlichen Dank an die Organisatorin Katja von Initiative Welt ohne Waffen, Michael von Attac Weimar, Nikolaus für seine Fragen an die Teilnehmer: Wie hoch ist das Risiko eines Einsatzes von Atomwaffen im Russland-Ukraine Krieg? Dank auch an Juri, die Friedenstaube auf dem Denkmalsockel und Frieder für seine Friedenslieder.



Katja Weber von Welt ohne Waffen bei der Aktion Anfang August

## Der lange Weg zum Klimabeirat in Weimar

von Hubert Krüger

Zur Aufstellung unserer kommunalpolitischen Grundsätze zur Kommunalwahl in Weimar 2019 forderten unsere Genoss:innen ein Weimar, das eine friedliche, soziale und ökologische Welt für alle mitgestaltet. Wir traten an als sozial-ökologische Kraft des Fortschritts. Wir denken global mit dem Blick auf das große Ganze und handeln lokal, indem wir an Lösungen mitwirken, die zu Weimar und seinen Ortsteilen passen.

Hierfür wollten wir eine verpflichtende sozial-ökologische Folgekostenabschätzung bei jeder Entscheidung, die Fortschreibung des Klimaschutzmanagements, die ausschließliche Verwendung von Ökostrom und Ökogas sowie nachhaltiger Produkte in der Verwaltung. Wir wollten Weimar für alternative Antriebstechnologien bereit machen, indem wir für die Stadt und ihre Betriebe entsprechende Fahrzeuge anschaffen und Lademetze ausbauen.

Vieles ist seitdem passiert:

Durch die ausschließliche Verwendung von Ökostrom (bereits seit 2012 Praxis) durch die kommunalen Gebäude sowie die Straßenbeleuchtung wurden jährlich 3.600 t CO<sub>2</sub> weniger emittiert, als es mit dem ehemaligen Strommix der Stadt Weimar der Fall gewesen wäre. Durch die von uns initiierte Umstellung auf Ökogas (DS 2019/100/A) werden seit Januar 2021 neben allen erdgasversorgten städtischen Gebäuden auch alle erdgasversorgten Schulen im Eigentum der Weimarer Wohnstätte und der Hufeland-Träger-Gesellschaft mit Ökogas versorgt. Durch die hierdurch mitfinanzierten Maßnahmen werden nach Schätzungen der Stadtwerke auf Anfrage unserer Fraktion weitere 3.000 t CO<sub>2</sub> im Jahr kompensiert. Die von uns geforderte Umstellung der kommunalen Fahrzeuge auf alternative Antriebstechnologien wird stetig von uns mit eigenen Drucksachen begleitet (2020/330/A).

Doch wie entstand eigentlich Weimars Klimabeirat?

Bereits zum Auftakt der Legislatur rangen wir mit den anderen demokratischen Fraktionen, um den richtigen Umgang mit der drohenden Klimakrise im Kontext unserer Klassikerstadt.

Der ambitionierte gemeinsame Antrag der Fraktionen DIE LINKE und Bündnis'90/Die Grünen (»Weimar stellt sich der Klimakrise und erhöht das Tempo zur klimaneutralen Stadt« – DS 2019/304b/A) sah einen drastischen Einsparpfad bis 2030 vor, damit Weimar seinen Beitrag dazu leisten kann das 1,5 °C Ziel des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen. Leider war früh absehbar, dass diese Fassung keine breite Mehrheit im Stadtrat finden würde. Die informelle und nicht-öffent-

lich tagende AG Klima versuchte im Herbst und Winter 2019/20 neue Lösungsansätze abzustecken. Der Gegenentwurf der Koalitionsfraktionen (2020/028b/A) ist eine abgewandelte Form der in der AG Klima zuvor besprochenen Diskussionspapiere. Er sieht neben einem Pfad zur bilanziellen Klimaneutralität bis 2050 (gemäß des inzwischen von der EU überholten Thüringer Klimagesetzes) als größte strukturelle Maßnahme die Einrichtung einer Klimabeirates als beratendes Gremium für die Stadtverwaltung vor.

Vom März 2020 an (Beschluss der 2020/028b/A durch die Mehrheitsfraktionen) wurde die Sars-CoV-2-Pandemie unser steter Begleiter. Ein erster Entwurf für Weimars Klimabeiratssatzung wurde erst im Oktober 2020 durch die Verwaltung eingereicht (DS 2020/297/V), jedoch wurde diese Fassung (der Beirat als wissenschaftliches Beratungsgremium vermischt mit Vertretern aus Industrie und Handwerk) von der Verwaltung nicht weiterverfolgt. Der zweite Entwurf einer Beiratssatzung wurde erst im November 2021 erarbeitet und im Januar 2022 als DS 2022/023/V eingereicht. Diese sah die bloße Ernennung einzelner Mitglieder durch die Stadtratsfraktionen und dem OB vor (der Beirat als öffentliches politisches Beratungsgremium). Auf dieser Grundlage traten wir erneut mit Vertretern anderer Fraktionen in Verhandlung. Resultat dieser Gespräche waren zwei Satzungsentwürfe: Der von CDU und Weimarwerk unterstützte Änderungsentwurf der SPD wurde im Juli Stadtrat als DS 2022/023b/A der Oppositionsfassung von Linke und Grüne DS 2022/023c/A gegenübergestellt und beschlossen. Beide Anträge sehen die Wahl der Beiratsmitglieder durch den Weimarer Stadtrat vor, unterscheiden sich jedoch in Ihrer Zusammensetzung. Während die Koalitionsfassung einen größeren Schwerpunkt darauf setzt die Mehrheitsverhältnisse anderer Beiräte darzustellen, wurde in der linksgrünen Fassung ein größeres Augenmerk auf Experten- und Betroffenenbeteiligung gesetzt. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wurde auf Bitten der Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses Corina Harke (Weimarwerk) gemäß unserer Fassung in die Koalitionsfassung aufgenommen.

Nach formellem in Kraft treten dieser Satzung werden die Mitglieder des Beirats für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung der Stadt Weimar durch den Stadtrat auf Vorschlag seiner Fraktionen gewählt. Die Themen und Vorlagen dieses öffentlichen Gremiums werden nicht nur von Mandatsträgern, sondern auch von den Weimar:innen selbst bestimmt (durch die Sammlung von 50 Unterschriften). Es ist zu hoffen, dass die ersten Ergebnisse dieses neuen Gremiums nicht erneut drei Jahre kosten werden.

## Diskurs zum Grundschulneubau in Bad Berka

von Gudrun Kittel

Hoch emotional ging es in der Kreistagssitzung des Weimarer Landes am 7. Juli zu, denn zu dieser Sitzung sollte endlich der Startschuss in Form der Vergabe des Loses für die Erd- und Rohbauarbeiten zum Bau des lange geplanten Grundschulneubaus »Am Siedlerweg« in Bad Berka fallen. Doch wenige Tage vor der Sitzung wurden Unsicherheiten gestreut, ein mahrender Brief der Kreistagsfraktion Freie Wähler/Kreisverband BI Weimarer Land machte die Runde und sollte offenbar alle Kreistagsmitglieder bewegen, die Entscheidung zum Grundschulneubau zu überdenken. Als Obermänner traten Hans Helmut Münchberg und Dirk Geyer, beide BI Weimarer Land, auf. Durch die derzeitige Entwicklung der Baukosten und den ebenso extrem gestiegenen Kosten im ÖPNV, würde die dauernde Leistungsfähigkeit des Kreises in Gefahr geraten.

Wir als Linke fragten uns, verfolgen Münchberg und seine Fraktion damit allen Ernstes den Stopp der Baumaßnahme des Grundschulneubaus in Bad Berka? Sollten die derzeitigen äußerst schwierigen Umstände bezüglich der Baupreise als Vorwand genutzt werden, den Neubau zu canceln? Anscheinend wird von einigen nach wie vor nicht akzeptiert, dass sich sowohl der Stadtrat Bad Berka als auch der Kreistag für den Standort Siedlerweg entschieden haben. Dem lag schließlich auch ein Gutachten zu Grunde, welches drei verschiedene Standorte untersuchte.

Allein der Entscheid, an welchem Standort gebaut wird, hat 5 Jahre gedauert!

Nicht nachzuvollziehen ist, warum der damalige Landrat Münchberg dem Ministerium 2017 eine Vorhabenmeldung zum Neubau explizit für den Hexenberg abgegeben hat und nicht für den vom Kreistag favorisierten Standort Siedlerweg. In einer späteren Mitteilung an das Ministerium teilte Münchberg mit, dass er nicht mehr an der Vorhabenmeldung für den Hexenberg festhält und nun woanders bauen will. Deshalb gab es natürlich folgerichtig auch keine Förderung vom Land und es vergingen wieder wertvolle Monate bis eine Zusage für einen erneuten Förderantrag, nun für den Siedlerweg, durch das Ministerium kam.

Das Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft hatte 2018 gemeinsam mit dem Bildungsministerium ein Programm für den Schulneubau mit 100 Millionen Euro aufgestellt. Aus diesem Fördertopf wurden 5 Millionen Euro für den Schulneubau in Bad Berka zugesagt.

Inzwischen beschäftigt sich der Kreistag seit 10 Jahren mit dem Thema GS - Neubau! Und ich würde fast behaupten, dass die Schule schon längst hätte eingeweiht werden können, wenn es nicht von Herrn Münchberg, auch schon während seiner Amtszeit als Landrat (von 1994 bis 2018) immer wieder Bremsversuche gegeben hätte. Ohne sein Taktieren, auch streckenweise gestützt durch die CDU, hätte die Schule schon längst übergeben werden können.



10 Jahre hat es bis zum Spatenstich zum Grundschulneubau in Bad Berka gedauert.

Der Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss hat nämlich bereits 2012 den Standort Siedlerweg empfohlen, eine Erweiterung der GS am Hexenberg, der jetzige Standort, wurde als nicht zukunftsfähig eingeordnet. Wegen des eklatanten Raummangels werden seit Jahren die 1. und 2. Klassen am Standort der Grundschule am Hexenberg unterrichtet, die 3. und 4. Klassen nutzen Unterrichtsräume des Gymnasiums. Das ist auf Dauer nicht akzeptabel. Die Nachteile für Kinder, Eltern und Lehrerschaft sind sicher jedem klar. Aber auch das Gymnasium Bad Berka benötigt auf Grund der ansteigenden Schülerzahlen in Zukunft ihre Räumlichkeiten selber. Bis 2017 hat es gedauert, dass der Kreistag endlich fraktionsübergreifend den Beschluss gefasst hat, unter der Voraussetzung der Förderung durch das Land, am Siedlerweg zu bauen.

Beschlusslage war: Bau einer dreizügigen Grundschule, mit Flächen zur Beschulung von 12 Klassen für jeweils 28 Kinder und der Schaffung einer Kapazität von bis zu 336 Schulplätzen.

Die Fraktion DIE LINKE im Kreistag steht auch jetzt, trotz gestiegener Baukosten zum Bau der Grundschule, wir sehen keine andere Alternative. Zum einen ist Bildung eine Pflichtaufgabe, zum anderen ist nicht davon auszugehen, dass sich an der jetzigen Lage, Baukosten etc. so schnell etwas ändert, im Gegenteil...

Mehrheitlich wurde nach heißer Debatte in der Kreistagssitzung am 7. Juli dem Beschluss zur Bauvergabe für die Erd- und Roharbeiten zugestimmt. Damit wurde nochmals ein deutliches Zeichen dafür gesetzt, dass der Kreistag am Vorhaben zum Neubau der Grundschule festhält. Der symbolische Spatenstich am 26. Juli hat das auch nochmal nach außen sichtbar gemacht. Inzwischen haben die Bauanlaufberatungen vor Ort begonnen, Ziel ist, die Schule pünktlich zum Schuljahresbeginn im September 2024 bezugsfertig zu übergeben.

Dennoch schaut auch unsere Fraktion mit Sorge auf die Kostenentwicklung, die ursprünglich geplanten 8,5 Millionen Euro sind derzeit auf 15 Millionen Euro angewachsen. Die Fördersumme des TMIL von 5 Millionen Euro hat sich dagegen nicht erhöht.

Mitglieder des Thüringer Landtages, die in ihrem Wahlkreis Weimarer Land aktiv sind, wurden jedenfalls sensibilisiert, den Landkreis auf politischem Weg bei einer Nachbesserung der Fördermittel zu unterstützen.

# Zur Forstpolitik in Blankenhain

von Michael Eberhardt

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE in Blankenhain forciert kommunalpolitisch, die Herausforderungen im Zeichen des Klimawandels in der lokalen Agrar- und Forstpolitik aktiv mitzugestalten.

Fast 90% der Fläche Blankenhains (Gesamtfläche ca. 113,53km<sup>2</sup>) werden land- und forstwirtschaftlich genutzt. Dies nimmt die Stadtratsfraktion DIE LINKE zum Anlass, gemeinsam mit Vertretern der vor Ort tätigen Agrargenossenschaften und des Forstamtes Bad Berka ins Gespräch zu kommen, um die künftige Agrar- und Forstpolitik im Zeichen des Klimawandels zu besprechen.

Speziell im Forstbereich sollte die Stadt Blankenhain als ein Eigentümer von Wald besonderes Interesse haben, bei der Erstellung einer neuen Forsteinrichtung im Vorfeld forstwirtschaftliche klimawandelangepasste Planvorgaben festzulegen.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE hat diesbezüglich beantragt, dass im Wirtschaftsausschuss Vertreter des Forstamtes Bad Berka unter wissenschaftlicher Begleitung seitens der Fachhochschule Erfurt eingeladen werden, um die Herausforderungen der lokalen Forstpolitik zu diskutieren.

Auch im Agrarsektor ist unsere Fraktion außerparlamentarisch aktiv und versucht mit den Handlungsverantwortlichen der vor Ort tätigen Agrargenossenschaften ins Gespräch zu kommen, um Themen wie Agrophotovoltaik oder Agroforsting zu besprechen.

*Fortsetzung folgt.*

# Zerstörung der 1000 Buchen von Buchenwald

von Kevin Reichenbach

Mit Entsetzen und tiefer Bestürzung nahm der Kreisvorstand die Berichterstattung über die Anschläge auf das Gedenkprojekt »1000 Buchen« im Juli zur Kenntnis. Unbekannte hatten sieben von zwölf Bäumen in der Nähe der Gedenkstätte Buchenwald abgesägt oder abgebrochen. Seit 1999 werden entlang der Todesmarschrouten aus Buchenwald Gedenkbäume gepflanzt. Initiator des Projekts ist das Lebenshilfe-Werk Weimar/Apolda.

Die Lebenshilfe möchte nun jeden der abgesägten Bäume mit zwei oder drei neuen ersetzen. Der Kreisvorstand hat in seiner August-Sitzung beschlossen, das Projekt zu unterstützen und die Kosten für die Pflanzung eines Baumes zu übernehmen. Gern würden wir auch mehr tun, aber dafür bräuchten wir eure Hilfe. Wenn ihr das Projekt durch eine Spende unterstützen möchtet, dann überweist diese bitte auf unser Konto.

Empfänger: DIE LINKE. Kreisverband Apolda-Weimar

IBAN: DE34 8205 1000 0301 0136 08

BIC: HELADEF1WEM

Verwendungszweck: Spende 1000 Buchen





DAS ROTE MAI 2022  
ginkgoblatt